

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 13.03.2008**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Nowotny	stimm.Mitgl.	ab 16:20 Uhr anwesend
Frau Heike Wießner	„	
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Herr Dr. Andreas Schmidt	„	bis 18:15 Uhr anwesend
Herr Klaus Adam	„	
Frau Dr. Regine Stark	„	
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Antje Klotsch	„	bis 18:30 Uhr anw.
Herr Uwe Kramer	„	
Herr Detlef Paul	„	bis 18:20 Uhr anwesend
Herr Dr. Peter Piechotta	„	
Herr Winfried Weber	„	
Herr Helmut Becker	Berat.Mitgl.	bis 18:00 Uhr anw.
Frau Peggy Rarrasch	„	
Frau Dr. Christine Slomka	„	bis 17.00 Uhr anw.
Herr Richter Glomski	„	

Entschuldigt fehlen:

Frau Gertrud Ewert	stimm.Mitgl.	i.V. Dr. Schmidt anwesend
Frau Elke Schwabe	„	entschuldigt
Frau Beate Gellert	„	i.V. Herr Paul bis 18:20 Uhr
Frau Dagmar Deckwerth	berat.Mitgl.	entschuldigt
Herr Herbert Jomrich	„	entschuldigt
Frau Renate Leonhard	„	
Herr Max Privorozki	„	
Herr Lothar Rochau	„	i.V. Frau Brederlow
Frau Petra Schneutzer	„	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2008
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht zum Konzept Schulsozialarbeit im Kooperationsverbund mit den Grundschulen mit "Hanoier Straße" und "Silberwald" im Stadtteil Silberhöhe der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung: Frau Michaela Fritsch und Frau Brita Zippel vom Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) Bezirksverband Halle e.V.
- 6. Vorlagen
 - 6.1. Namensänderung der Kindertagesstätte Diemitz des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07030
 - 6.2. Nachwahl von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
Vorlage: IV/2008/07043
 - 6.3. Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2007/06566
 - Änderungsantrag zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 vom 10.01.2008 (Richtlinie zur
 - 6.3.1 Finanzierung von Kindertagesstätten)
Vorlage: IV/2008/06970
 - Änderungsantrag zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 vom 10.01.2008 (Richtlinie zur
 - 6.3.2 Finanzierung von Kindertagesstätten)
Vorlage: IV/2008/06971
 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage
 - 6.3.3 IV/2007/06566 vom 10.01.2008 (Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen)
Vorlage: IV/2008/07102
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Ausgliederung der Horte aus dem EB Kita
Vorlage: IV/2007/06845
 - 7.2. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Evaluation der Jugendhilfe
Vorlage: IV/2007/06839
 - 7.3. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Änderung des Fachkonzeptes des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie
Vorlage: IV/2007/06844

8. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
9. Beantwortung von Anfragen
10. Anregungen
11. Mitteilungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde. Es waren keine Kinder und Jugendlichen erschienen.

Dr. Marquardt sprach an, dass er aus einer Veranstaltung eine Anfrage vom Herdergymnasium zu der Anzahl der städtischen Streetworker hatte. Diese möchte er hier beantworten.

Die Stadt hat 9 Streetworker.

Die Kinder- und Jugendsprechstunde wurde beendet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt sprach an, dass zur Sitzung die Stadträtin Frau Sabine Wolff eingeladen war, da zu den TOP 7.1, 7.2 und 7.3 die Anträge von Prof. Schuh und Frau Wolff heute behandelt werden sollen. Frau Wolff hat sich bei ihr entschuldigt und stellt es Frau Haupt frei, ob die Anträge heute behandelt oder verschoben werden. Frau Haupt lässt die TOP auf der TO stehen und fragte an, ob dazu das Einverständnis vorliegt. Es gab keinen Widerspruch hierzu.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es zur Tagesordnung noch Ergänzungen oder Änderungen gibt. Da dies nicht der Fall war, wurde diese so bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2008

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass es in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse gab, demzufolge muss heute nichts bekannt gegeben werden.

zu 5 Bericht zum Konzept Schulsozialarbeit im Kooperationsverbund mit den Grundschulen mit "Hanoier Straße" und "Silberwald" im Stadtteil Silberhöhe der Stadt Halle (Saale) Berichterstattung: Frau Michaela Fritsch und Frau Brita Zippel vom Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) Bezirksverband Halle e.V.

Frau Hanna Haupt begrüßte vom **DKSB BV Halle e.V. Frau Fritsch und Frau Zippel**, welche heute einen Kurzbericht zum Konzept Schulsozialarbeit in der Silberhöhe abgeben möchten.

Frau Fritsch sprach an, dass Anliegen von ihnen ist, die Priorität von Schulsozialarbeit auf der Silberhöhe deutlich zu machen.

Beide Mitarbeiterinnen des DKSB informierten zu wesentlichen Punkten hierzu anhand einer Powerpointpräsentation.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) worauf die dargestellte Analyse aufgebaut ist.

Frau Fritsch antwortete, dass sie als Träger von Schulsozialarbeit 2003-2008 tätig waren und arbeiten viel im Bereich der Förderung von Kindern. Dort wurden die dargestellten Probleme bzw. Schwächen deutlich.

Frau Schmidt ergänzte, dass die Aussage auf Schwächen wie Hörprobleme, Sehschwäche etc. bezogen ist. Diese Dinge werden oft nicht zeitnah genug erkannt. Die Frage ist, wieso dies von den Lehrern nicht rechtzeitig erkannt wird.

Frau Fritsch antwortete, dass dies bei schulärztlichen Untersuchungen erkannt wird. Aber es wird durch die Eltern nicht weiter verfolgt. Die Ärzte informieren hierzu und geben Hinweise, jedoch kümmern sich die Eltern dann nicht um die weitere Behandlung. Hier sollte auch Sozialarbeit greifen, Eltern und Kinder unterstützend zur Seite stehen.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) ob es Horte an Grundschulen gibt, die hier ebenfalls unterstützend arbeiten.

Es wurde geantwortet, dass es Horte gibt, mit denen der DKSB auch kooperiert. Aber Horte kosten auch Geld und somit geben nicht alle Eltern ihre Kinder in die Horte.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen.

zu 6 Vorlagen

zu 6.1 Namensänderung der Kindertagesstätte Diemitz des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2008/07030

Frau Hanna Haupt begrüßte Herrn Kreisel, Geschäftsführer des EB Kita und bat diesen um kurze Informationen zur Namensumbenennung.

Herr Kreisel erläuterte, dass die Namensumbenennung der Einrichtung in Diemitz von den Erzieherinnen und den Eltern gewollt ist. In der Begründung zur Vorlage wird der gewünschte Name „Ökolino“ hinreichend erläutert.

Es gab keine Anfragen.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt der Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Die Kindertagesstätte **Diemitz** wird in Kindertagesstätte **Ökolino** umbenannt.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig** zu.

zu 6.2 Nachwahl von Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung Vorlage: IV/2008/07043

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Mitglieder Thomas Godenrath und Petra Meissner und eine Stellvertreterin Dr. Gesine Haerting aus dem Jugendhilfeausschuss und demzufolge Unterausschuss Jugendhilfeplanung ausgeschieden sind. Demzufolge müssen Nachfolger nachrücken. Als Vorschläge liegen Frau Wiesner und Vertreter Herr Nowotny für die CDU-Fraktion vor. Weiterhin Herr Adam für Frau Meissner und Frau Dr. Stark als Vertretung für Frau Schwabe, hier ehemals Dr. Haerting.

Da es keine Nachfragen gab, rief **Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung der Vorschläge insgesamt auf.

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss wählt die von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder und Stellvertreter des Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Ausgeschieden:

Herr Godenrath
Frau Meißner
Stellvertreter Dr. Haerting

Neu:

Frau Wiesner und Vertreter Herr Nowotny
Herr Adam
Frau Dr. Stark

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu** (1 Enthaltung).

**zu 6.3 Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2007/06566**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass über die Vorlage bereits im Januar 2008 abgestimmt worden war. Da hiervon ein Mitwirkungsverbot betroffen war, wird diese Vorlage heute nochmals aufgerufen.

Sie wies eindringlich auf den § 31 GemO, hier Mitwirkungsverbot, hin und verlas dazu den Gesetzestext im Absatz 2. Sie machte deutlich, dass vor jeder Abstimmung die Mitglieder genau hinzusehen haben, ob sie vom Mitwirkungsverbot betroffen sind und demzufolge sich nicht an der Abstimmung zu beteiligen haben. Sie wies darauf hin, dass Frau Schwabe für die heutige Sitzung entschuldigt ist, da sie einen anderen wichtigen Termin wahrzunehmen hat.

Herr Dr. Marquardt sprach an, dass aus diesem Grund heute nochmals ein Votum zur Vorlage eingeholt werden muss. Der Hauptausschuss hat dies zurück an den JHA verwiesen. Der Jugendhilfeausschuss spricht mit seiner Abstimmung eine Empfehlung aus, der Stadtrat ist hier das Gremium, welcher entscheidet. Dennoch sollte diese Empfehlung an den Stadtrat rechtlich korrekt ausgesprochen sein.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) hierzu, dass dies doch nur in dem Fall zutrifft, wenn dies weitergehend zur Mitgliedschaft in einem Verein zutrifft. Dann kann das Mitglied bei der Diskussion zur Sache anwesend bleiben, sollte sich aber bei Beschlüssen enthalten.

Herr Dr. Marquardt antwortete, dass dies klar im § 31 (2) GemO geregelt ist und demzufolge beachtet werden muss.

Herr Lange sprach an, dass er heute einen Änderungsantrag in 4 Punkten zur Richtlinie einbringt. Diese 4 Punkte sind einzeln abzustimmen. Er begründete die gewünschten Änderungen zum § 4 und § 8 entsprechend. Es sollen vereinfachte Regelungen geschaffen werden.

Herr Dr. Marquardt sprach an, dass die Verwaltung auf diesen erst jetzt vorgelegten Änderungsantrag nicht reagieren kann. Es handelt sich hierbei um Haushaltsmittel, über die jetzt in dieser Kürze ohne vorhergehende Prüfung des Änderungsantrages durch die Verwaltung nicht reagiert werden kann.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass zukünftig dies bereits bei dem Aufrufen der Tagesordnung angezeigt werden sollte, wenn Änderungsanträge gestellt werden und nicht erst bei der Behandlung der Sache. Dann kann dies von Anfang an gleich zur Tagesordnung bestätigt werden.

Anfrage von Frau Klotsch, wieso unter TOP 6.3 ihre Anträge als Unterpunkte nochmals aufgerufen werden. Sie verwies darauf, dass Reinigungskosten u.ä. unterschiedlich angesetzt sind. Teilweise mehr als 5% Unterschied zu den Kosten des EB Kita.

Die Verwaltung antwortete, dass dies analog zur Vorlage zu betrachten ist, auch hier war das Mitwirkungsverbot betroffen. Deswegen wird dies ebenfalls nochmals aufgerufen.

Durch **ein Mitglied (StR)** wurden ebenfalls die Zahlen angesprochen. Die Reinigungskosten fallen jetzt beim EB Kita unter Bewirtschaftungskosten. PPP wird rausgerechnet. In Rahmenvereinbarung war einiges anders geregelt wie bspw. Krankheit bis 6 Wochen.

Durch ein Mitglied (StR) wurde auf das Hin- und Herrechnen auf einzelne Einrichtungen verwiesen. Bei Abschreibungen wird uns das einholen, spätestens wenn die Stadt Dopik einführt. Probleme können vor 2010 nicht gelöst werden. Die Richtlinie sollte heute beschlossen werden.

Zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke gab es einige Diskussionen.

Frau Brederlow sprach an, dass die Verwaltung Stellung nehmen soll. Heute kann über einen Mehrbedarf von 2,3 Mio € nicht einfach so beschlossen werden. Die Richtlinie als auch die Änderungsanträge von Frau Klotsch sind bereits hinreichend im Januar diskutiert worden. Die Rahmenvereinbarung, welche vorher gültig war, ist nicht von allen Trägern angewendet worden. Sie warnt davor, die Entscheidung zur Richtlinie weiter hinaus zu zögern. Der Jugendhilfeausschuss soll für den Stadtrat eine Empfehlung aussprechen, die Entscheidung dazu trifft der Stadtrat. Am 14.02.08 hat der Jugendhilfeausschuss beschlossen, dass eine Arbeitsgruppe zu den Grundsätzen des Verwaltungshandelns gebildet wird. Die Vorschläge der Personen, die in der Arbeitsgruppe mitarbeiten sollen, liegen vor. Es sollte schnellstmöglich mit der Arbeit der Arbeitsgruppe begonnen werden, um voran zu kommen.

Herr Zwakhoven sprach an, dass der Personalschlüssel vorgibt, wie viel Personen die Einrichtung insgesamt vorzuhalten hat. Das heißt nicht, dass dieses Personal auch ständig anwesend sein muss.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass Herr Kreisel heute anwesend ist und zu den Kosten im EB Kita sicher aufklärend beitragen kann.

Herr Kreisel fragte an, was gemessen werden soll, um Gleiches vergleichen zu können. Es sind über 34 Träger von Kita's in Halle. Der EB Kita tritt den Vergleich an, wenn dies gewünscht wird. Der Wirtschaftsplan wurde im Juni 2007 geschrieben. Er ist also zu einem Zeitpunkt geschrieben worden, als die Begriffe analog der Richtlinie noch nicht bestanden haben. Jetzt kann auf die Umstellung zur Richtlinie reagiert werden und die Begriffsangleichung erfolgen. 1,2 Mio € werden für Verwaltung aufgewendet. Es müsste dann für alle ein Kodierungshandbuch bestehen, um gleichermaßen gemessen werden zu können. Mit ZGM besteht ein Vertrag aus 3 Teilen insgesamt. Bei diesen Kosten handelt sich um reine Leistungskosten und Overheadkosten, welche an ZGM überwiesen werden. Der EB Kita wurde 2006 gegründet. Es muss berücksichtigt werden, dass die Kosten 2006 in 2007 und 2007 in 2008 gehen.

Frau Klotsch verwies darauf, dass ihr wichtig ist, dass ein bestimmter Kostensatz festgeschrieben ist. Eine Gleichbehandlung aller Träger soll erfolgen. PPP Kosten werden gesondert betrachtet. Die freien Träger hatten diese Möglichkeit nicht. Im Bericht des Landesrechnungshofes wird dies auch erwähnt.

Frau Brederlow sprach an, dass die freien Träger durch die Stadt Unterstützung erfahren haben. Der Bericht des LRH bezieht sich auf andere Jahre, da gab es noch keinen EB Kita.

Durch **ein Mitglied (StR)** wurde angesprochen, dass der Bericht des LRH auch im JHA

behandelt werden soll.

Frau Hanna Haupt machte deutlich, dass dies zum heutigen TOP nicht dazu gehört und demzufolge auch nicht behandelt werden kann.

Nachfrage durch ein **beratendes Mitglied**, wieso jetzt die Verwaltung billiger ist als früher.

Herr Zwakhoven antwortete, dass kein Träger bisher seine Verwaltungskosten offen gelegt hat, trotz Nachfragen hierzu.

Durch ein **Mitglied (skE)** wurde angesprochen, dass es einfacher wäre, wenn auch die freien Träger ihre Wirtschaftspläne offen legen würden, dann sind auch die Vergleichsmöglichkeiten gegeben.

Herr Lange verwies auf den vorliegenden Änderungsantrag und sprach an, dass im § 4 (6) Zinsen gezahlt werden müssen, die in den nächsten Jahren erst auflaufen. Anregung zur 5%igen Regelung ist durch seine Fraktion hiermit erfolgt. Die Verwaltung hat mit dieser Richtlinie für Verwirrung gesorgt. Die Stadträte sollten in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit besser unterstützt werden.

Herr Dr. Marquardt sprach an, dass ein gewisses Misstrauen gegenüber der Verwaltung vorliegt. In Klausur gab es eine Vereinbarung, vertrauensvoll miteinander umzugehen. Die Verwaltung hat zu keinem Zeitpunkt versucht, Verwirrung zu stiften. Das Ergebnis aus Klausur wünscht er sich für alle Verhandlungen und Diskussionen. Die Verwaltung will auf Vergleichbarkeit zuarbeiten. Herr Kreisel hat eine Offenlegung seiner Zahlen angeboten. Dann kann dies auch von den freien Trägern erwartet werden. Er hält dies nicht für erforderlich, jedoch sollten aber Verständnis und Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung vorhanden sein.

Durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wurde angesprochen, dass ein wesentliches Ziel der Träger ist, ein solides Einkommen für ihre Einrichtungen zu haben. Die Qualität von Einrichtungen soll gehalten werden. Probleme die heute gesehen werden, sollten nicht später angegangen werden. Die Verwaltung will Zahlen der freien Träger sehen. Die freien Träger verwalten mit ihren Geschäftsstellen hier einen komplexen Bereich. Jedes Jahr wird im Verwaltungsbereich ein Minus geschrieben, da der Verwaltungsaufwand höher ist.

Dr. Marquardt sprach an, dass nachvollziehbar ist, dass Sicherheit gewünscht ist. Er verwies auf die Aussage von Frau Stürtz am 06.03., dass Planungssicherheit nirgendwo mehr möglich ist. Die Stadt ist in gleicher Situation wie die freien Träger.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass das es vorher Träger gab, welche deutlich unter dem lagen was jetzt in der Verwaltungspauschale möglich ist.

Durch ein **Mitglied (StR)** wurde angesprochen, dass über die Richtlinie abgestimmt werden sollte. Zwischen dem Vorschlag der Verwaltung und den vorliegenden Änderungsanträgen gibt es deutliche Unterschiede. Schwierig, hier die richtige Entscheidung zu treffen, da zu wenig Hintergrundinformationen da sind.

Herr Zwakhoven erläuterte den Passus zur Bauunterhaltung.

Herr Dr. Piechotta stellte den **Antrag zur Geschäftsordnung** auf Abbruch der Debatte und zur Abstimmung zu kommen.

Diesem Antrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute 3 Änderungsanträge vorliegen. Die zwei in der TO aufgeführten Anträge von Frau Klotsch und der heute von Herrn Lange für die Fraktion vorgelegte Änderungsantrag.

Sie rief **den TOP 6.3.1 zur Abstimmung** auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der JHA beschließt die Änderung des § 6.2 Satz 3 dahingehend , dass die Formulierung „Unterhaltung des Grundstücks inklusive Pflege Baumbestand“ ersetzt wird durch die Formulierung „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Bauunterhaltung)“.
2. Der JHA beschließt, dass der pauschale Festbetrag für die „Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (Bauunterhaltung)“ mit jährlich 15.600 EUR je Einrichtung anerkannt wird.

Abstimmungsergebnis:

Befürwortungen: 8
Ablehnungen: 2
Enthaltungen: 4

Damit stimmte der Jugendhilfeausschuss dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Frau Hanna Haupt rief **den TOP 6.3.2 zur Abstimmung** auf.

Beschlussvorschlag:

Der JHA beschließt die Änderung des § 6.4 Satz 1 dahingehend , dass der pauschale Festbetrag für die Verwaltung und Qualitätsentwicklung der Kindertageseinrichtungen nicht auf 22,00 EUR/Monat/Kind, sondern auf **24,76 EUR/Monat/Kind festgesetzt wird.**

Abstimmungsergebnis:

Befürwortungen: 8
Ablehnungen: 2
Enthaltungen: 4

Damit stimmte der Jugendhilfeausschuss dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Frau Hanna Haupt rief den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. Zur Abstimmung in seinen einzelnen Punkten auf.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Änderungen:

1. § 4 Abs. 3 enthält folgende Fassung:

In der Regel erfolgt die Auszahlung der vereinbarten Entgelte oder Platzkostenzuschüsse im 2-monatigen Rhythmus mit einem entsprechenden Mittelabruf durch die Träger. Unverbrauchte Entgelte oder Platzkostenzuschüsse können in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden, sofern der Betrag nicht 5 % des jährlichen Gesamtentgeltes oder der jährlichen Gesamtzuschüsse überschreitet. Diese Mittel sind

zur Hälfte für die Realisierung von Instandhaltungs- oder Investitionsvorhaben in den Kindereinrichtungen der Träger einzusetzen und zur anderen Hälfte mit den vereinbarten Entgelten oder Zuschüssen des nächsten Jahres zu verrechnen.

2. § 4 Abs. 5 entfällt.
3. § 4 Abs. 6 entfällt.
4. § 8 Abs. 1 entfällt.

Abs. 2 neu 1 enthält folgende Fassung:

Für die Sach- und Bewirtschaftungskosten erfolgt der Verwendungsnachweis ausschließlich rechnerisch im entsprechenden Gesamtumfang.

Abstimmungsergebnis zu:

Punkt 1

Befürwortungen: 4
Ablehnungen: 4
Enthaltungen: 2

Durch Patt wurde Punkt 1 abgelehnt.

Zu den Punkten 2 und 3 hatte Herr Lange erklärt, dass dies durch den Sitzungsverlauf gegenstandslos geworden ist. Demzufolge also nicht mehr dazu abgestimmt werden muss.

Punkt 4

Befürwortungen: 5
Ablehnungen: 5
Enthaltungen: 4

Durch Patt wurde Punkt 4 abgelehnt.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung der Vorlage auf (modifiziert im Text durch die beiden Änderungsanträge).

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die „Richtlinie über die Finanzierung der Leistungs- und Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)“.
2. Die Richtlinie tritt rückwirkend zum 01.01.2008 in Kraft und ersetzt die „Richtlinie zur Förderung von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft“ vom 18.04.1997.

Abstimmungsergebnis:

Befürwortungen: 7
Ablehnungen: 3
Enthaltungen: 3

Damit wurde der Vorlage (modifiziert im Text) mehrheitlich zugestimmt.
Frau Gellert hatte an dieser Abstimmung nicht mit teilgenommen.

**zu 6.3.1 Änderungsantrag zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 vom 10.01.2008
(Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten)
Vorlage: IV/2008/06970**

Text siehe TOP 6.3.

**zu 6.3.2 Änderungsantrag zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 vom 10.01.2008
(Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten)
Vorlage: IV/2008/06971**

Text siehe TOP 6.3.

**zu 6.3.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
zur Vorlage IV/2007/06566 vom 10.01.2008 (Richtlinie zur
Finanzierung von Kindertageseinrichtungen)
Vorlage: IV/2008/07102**

Text siehe TOP 6.3.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM +
UNABHÄNGIGE - zur Ausgliederung der Horte aus dem EB Kita
Vorlage: IV/2007/06845**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass dieser Antrag bereits im Betriebsausschuss des EB Kita behandelt und abgelehnt worden ist. Sie hatte sich hierzu mit Frau Wolff verständigt. Hintergrund deren Antrages war es, zur Haushaltskonsolidierung beitragen zu wollen.

Anfrage durch **ein Mitglied (Fr. Träger)** welche Begründung es für diesen Antrag gibt, da hierzu nichts steht. Es ist schwierig, diesen Antrag einschätzen zu können, wenn nichts bekannt ist.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass Hintergrund war, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung mit der Ausgliederung der Horte aus dem EB Kita erreichen zu wollen, laut Aussage von Frau Wolff.

Herr Dr. Marquardt wies darauf hin, dass es auch keinen Antrag eines Trägers gibt, welcher sich für einen Hort des EB Kita interessieren würde. Insofern ist dies ohnehin kein Thema.

Da es keine weiteren Fragen gab, rief **Frau Hanna Haupt** zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Ausgliederung der Horte aus dem EB Kita.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss lehnte **einstimmig ab** (1 Enthaltung).

zu 7.2 **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zur Evaluation der Jugendhilfe Vorlage: IV/2007/06839**

Herr Dr. Marquardt sprach an, dass es ein Telefonat zwischen ihm und Frau Wolff gab. Frau Wolff hat ihm mitgeteilt, dass sie gehört hat, dass es in der Klausurtagung eine Verständigung gegeben hat. Seiner Meinung nach ist der Antrag gegenstandslos geworden, bedarf aber einer Abstimmung.

Anfrage eines Mitgliedes (Fr. Träger), dass es im Jahr 2005 eine Ausschreibung zur Evaluation der Jugendhilfe unter Sozialraumaspekten gegeben hat. Ist dies mit dem Antrag gemeint. Ein Bericht hierzu wäre schon gewollt, da es ja Ergebnisse aus der Arbeit der Beraterfirma geben muss.

Frau Brederlow antwortete, dass auf Grund von Verzögerungen beim Ausschreibungsverfahren mit der Arbeit erst im März 2006, also verspätet, begonnen worden ist. Es gab hierzu Anfragen im Stadtrat, welche die Verwaltung beantwortet hat. Da die freien Träger diese nicht kennen, können diese ihnen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Schmidt (Vertreter) stellte den Antrag, diesen Antrag als Ergebnis aus der Klausurtagung als erledigt zu betrachten. Ansonsten müsste dem Stadtrat auch im Juni der Bericht der Arbeit der Beraterfirma vorgelegt werden und dies dürfte zeitlich nicht umsetzbar sein.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Antrages von Dr. Schmidt auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat einen Evaluationsbericht der Arbeit der Beratergesellschaft START gGmbH vor.

Abstimmungsergebnis:

Antrag von Dr. Schmidt, diesen Antrag als erledigt zu betrachten.

Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt (2 Enthaltungen).

**zu 7.3 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Änderung des Fachkonzeptes des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie
Vorlage: IV/2007/06844**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass in der Klausurtagung ein Ergebnis erzielt worden ist.

Frau Wiesner stellte den Antrag, diesen Antrag als gegenstandslos zu betrachten.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, das Fachkonzept des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie der realistischen Entwicklung der Sozialraumorientierten Jugendhilfeplanung (S. 3) der Hilfen zur Erziehung (S. 4), der präventiven Maßnahmen anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag von Frau Wiesner, diesen Antrag als Ergebnis aus der Klausurtagung als erledigt zu betrachten.

Diesem Antrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

zu 8 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Anfrage eines Mitgliedes (StR) zu einem Artikel in der MZ zu Graffiti und damit verbunden die Bitte, dass Streetwork hierzu einen Bericht geben sollte, insbesondere aus dem Stadtteilzentrum Süd.

Frau Brederlow antwortete, dass es im Artikel nicht ursprünglich um Graffiti sondern Jugendgewalt ging. Sie schlug vor, dass dies als Bericht frühestens im JHA Juni auf die Tagesordnung zu nehmen ist. Vorher ist der JHA mit wichtigeren TOP beschäftigt, daher zeitlich nicht eher machbar.

Dieser Vorschlag wurde so angenommen.

Anfrage von Herrn Kramer zum Thema „Ableistung gemeinnütziger Stunden“ ausgehend aus letzter Sitzung. Gab es hier bereits Gespräche mit ZGM dazu. Er bittet dies zu thematisieren und eine Antwort im JHA vorzulegen.

Die Verwaltung sagte dies zu.

Anfrage von Dr. Piechotta zu den Anfragen von Frau Wiesner und den schriftlichen Antworten der Verwaltung dazu im letzten JHA. Frage zur Eingliederungsmöglichkeit. Es wurde die Aussage getroffen, dass 20% der Kinder im stationären Bereich untergebracht sind.

- wieviel Mittel stehen pro Jahr hierfür zur Verfügung
- Soll/Ist-stand der HH-planung
- Entwicklung § 35a der letzten Jahre ist auch für die Zukunft zu sehen, wird damit nicht auch der Bereich HzE belastet

Die Verwaltung sagte die Beantwortung hierzu beim nächsten HzE-Bericht zu.

Anfrage durch Dr. Schmidt zu den Leistungen in besonderen Lebenslagen, hier insbesondere wenn kurzfristig heilbare Krankheiten bzw. lebenslange Behinderungen vorliegen. Wie läuft dies in der Jugendhilfe.

Herr Wilhelm antwortete, dass § 35a eine besonders differenziert anzusehende Auslegung ist. In der Jugendhilfe wird dies genau geprüft. Der tatsächliche Kreis ist viel höher. Es wird genau geprüft, ob ein sonstiger Kostenträger hierfür in Frage kommt.

Anfrage von Frau Gellert, wie viel Stunden bei Abgeltung gemeinnütziger Stunden auflaufen, wie kann dies geklärt werden.

Die Verwaltung wird dies prüfen und informieren.

Frau Gellert fragte an, ob es ein Budget für Dolmetscherleistungen im Fachbereich gibt. Es wird bereits ehrenamtlich sehr viel geleistet, insbesondere im Bereich der schulbezogenen Jugendarbeit als auch der sozialräumlichen Arbeit, da hier sehr viele Migranten betroffen sind.

Frau Brederlow antwortete, dass der Fachbereich hierfür kein Budget zur Verfügung hat.

Frau Schmidt antwortete, dass Dolmetscherleistungen gesetzlich festgeschrieben sind. Das Tagesgeschäft ist hierbei ausgegrenzt. Dies könnte nur als freiwillige Leistung im Haushalt eingestellt werden, was ein großes Problem darstellen würde.

Frau Gellert wies darauf hin, dass alles mit den Eltern geklärt werden muss und dies in der Landessprache erforderlich ist.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass dies als neue freiwillige Leistung im Haushalt definiert werden müsste.

Frau Schneutzer sprach an, dass es einen Pult von Freiwilligen gibt, die ihre Leistungen hier anbieten, dies ist eine freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit. Dann gibt es noch einen Studentenpult an MLU. Die Nachfrage ist größer als der Bedarf gedeckt werden kann. Hier kann nur auf die Freiwilligkeit gebaut werden, da keine Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Herr Lange sprach an, dass es ein Problem im Förderzentrum in der Freiimfelder Straße gibt.

Es gibt im Bauhof eine halbe Stelle, welche sich für die Berufsförderung stark gemacht hat. Auf diese Stelle hat die Lernbehindertenschule zurück gegriffen. Diese Stelle läuft jetzt aus, wie soll es dann weiter gehen.

Herr Dölle antwortete, dass es diese halbe Stelle noch gibt. Dies wird auch sicher noch die nächsten zwei Jahre laufen. Die Arbeit mit der Comeniusschule, um welche es hier geht, läuft weiterhin.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Beantwortung von Anfragen

Es lag nichts vor.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 11 Mitteilungen

Herr Dr. Piechotta teilte mit, dass es zum Thema „Kinderarmut“ eine Veranstaltung mit der Friedrich Ebert Stiftung gab. Hierzu verteilte er die Dokumentation.

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass durch das Ausscheiden von Herrn Godenrath sich die Wahl eines Stellvertreters für sie erforderlich macht. Sie bittet darum, sich hierzu Gedanken zu machen.

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass eine Sondersitzung am 29. Mai 2008 wegen der Jugendschöffenwahl erforderlich ist. Sie bittet sich diesen Termin einzutragen. Im April gibt es eine Zwischeninformation hierzu.

Herr Zwakhoven teilte hierzu mit, dass auf Grund einer neuen Richtlinie zur Schöffenwahl sich zwingend dieser Termin der Sondersitzung erforderlich macht. Bisher haben sich 25% der tatsächlich benötigten Anzahl an Bewerbern gemeldet. Er bittet alle Mitglieder hier auch noch mal in ihren Einrichtungen als auch Geschäftsstellen Werbung für dieses Ehrenamt zu machen.

Gez. Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Kaupke
Protokollführerin